

Beschluss des Landesausschusses der CDU Hamburg am 4.07.2017

Klares Bekenntnis zur Stärkung der Bundeswehr

Der Landesverband Hamburg der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands möge sich in entsprechenden Bundesgremien für eine Erhöhung des Verteidigungsetats einsetzen, um deren Anteil am BIP der Bundesrepublik Deutschland auf zwei Prozent zu erhöhen. So soll vor allem die Ausrüstung unserer Streitkräfte modernisiert, längst beschlossene Soll-Stärken endlich erreicht und künftigen Bedrohungsszenarien adäquat begegnet werden. Mit einem Anteil von 1,2 Prozent des BIP im Jahr 2016 und entsprechenden Ausgaben von 37 Milliarden Euro befindet sich Deutschland im Vergleich größerer europäischer Staaten auf den hinteren Plätzen. Bereits ein Anheben der Verteidigungsausgaben auf das Niveau Frankreichs (2,01 Prozent) käme gleichzeitig einem Bekenntnis zu einer europäischen Verteidigungspolitik gleich. Mit Stand 2016 weisen laut NATO-Angaben lediglich Griechenland, Estland, das Vereinigte Königreich und Polen neben den Vereinigten Staaten einen ausreichenden Etat auf.

Das Ausgabenziel von zwei Prozent des BIP wurde durch die NATO-Staaten auf dem Gipfel von Wales 2014 vereinbart und soll spätestens im Jahr 2024 erreicht werden. Die stagnierende Entwicklung der Ausgaben wird jedoch absehbar dazu führen, dass dieses Ziel in sieben Jahren verfehlt wird. Angesichts der aktuellen Aufgaben und Bedrohungen der westlich orientierten Staaten sowie der gebotenen Erweiterung der Ziele der NATO muss durch Deutschland auf eine Erfüllung dieses Ziels hingearbeitet werden. Hierzu gehört auch, auf NATO-Mitgliedstaaten, welche gleichzeitig Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, diplomatisch stärker einzuwirken.

So sinnvoll und geboten eine moderne und schlagkräftige Bundeswehr für die Sicherheit Deutschland, Europas und der NATO-Verbündeten ist, so wichtig ist es parallel auch, die Entwicklungshilfe als zweites Standbein zu betrachten. Sie ist insbesondere in Afrika nicht nur menschlich geboten, sondern auch sicherheitspolitisch sinnvoll. So verständlich die Forderung der USA nach einer stärkeren Beteiligung der europäischen Verbündeten an der gemeinsamen Verteidigung ist, so notwendig ist ein größeres Engagement der US-Regierung in Sachen Entwicklungshilfe. Hierauf möge die Bundesregierung hinwirken.

Hintergrund und Begründung:

Bereits im Jahr 2014 sagten die Vertreter der Mitgliedstaaten der NATO bei ihrem Gipfeltreffen in Wales gegenseitig eine Erhöhung des Wehretats der Mitgliedstaaten auf zwei Prozent des jeweiligen nationalen BIP bis 2024 zu. Ursprünglicher Grund für dieses Bekenntnis zur Erhöhung der Verteidigungsbudgets waren die Geschehnisse auf der Krim-Halbinsel, in deren Folge die NATO zur Einschätzung kam, dass man sich nicht auf eine friedfertige Rolle Russlands verlassen könnte.

Selbst nur wenige Jahre nach Setzung dieses aus damaliger und heutiger Sicht ambitioniert scheinenden, jedoch keinesfalls an Zeiten vor 1991 erinnernden Ziels hat sich der vorgeschlagene Tätigkeitsbereich der NATO erweitert. Seit 2014 wuchs die Bedrohung des Islamischen Staates im Nahen Osten. Verdeckte Kriegsführung, in der die Elektronik, Daten und auch das fehlerhafte Informieren von Bürgern anderer Staaten im Mittelpunkt stehen, gewann an Bedeutung. Auf diese Problemstellungen ist die NATO weiterhin nur unzureichend vorbereitet. Hintergrund hierfür ist auch die Struktur des Verteidigungsbündnisses, welche keinen gemeinsamen Beschaffungs- und Koordinationskörper vorsieht. Dieser Missstand führt seitens der Gegner erhöhter Verteidigungsbudgets zur Behauptung, dass solche Erhöhungen letztlich nur Geld vernichten, keinesfalls aber in derselben Relation den Kampfwert der betroffenen Streitkräfte erhöhen würden.

Diesem Problem kann durch einen stärkeren Fokus auf ein gemeinsames Beschaffungs- und Entwicklungswesen abgemildert werden. Während Geschehnisse wie die medial negativ begleitete Entwicklung des Transportflugzeugs A400M im Zentrum der Berichterstattung und damit des Bürgerwissens stehen, gibt es zahlreiche erfolgreiche Koordinationsprojekte im Bereich der Entwicklung und des Einsatzes von Verteidigungsmitteln. Dies betrifft die gemeinsame Überwachung des Luftraums mehrerer Staaten (zuletzt etwa Tschechien und die Slowakei), aber auch die Herstellung von Waffensystemen wie Seezielflugkörpern zwischen Deutschland und Schweden.

Das Hinwirken Deutschlands auf ein solches Beschaffungswesen hätte den Vorteil, dass neben den verteidigungspolitischen Zielen auch grundlegende Ziele der europäischen Integration erreicht werden könnten. Nicht umsonst meinte Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel bereits 2015, dass es eine vertiefte militärische Zusammenarbeit in Europa geben sollte. Auch im September 2016 stellten die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsident klar, dass die europäische Verteidigungspolitik ausgebaut werden müsse.

Tatsächlich hat Frankreich mit 2,01 Prozent des BIP im Jahr 2016 das Ziel der Erhöhung des Wehretats bereits erfüllt, während die Erreichung dieses Ziels im Rest Europas weiterhin auf sich

warten lässt und nach Prognosen auch 2024 keinen erfolgreichen Abschluss finden wird. Indem Deutschland die zugesicherten Leistungen der europäischen Partner einfordert, wird nicht nur die europäische Koordination gestärkt. Gleichzeitig kann der Vorwurf entkräftet werden, dass Deutschland sich anschicken würde, militärisch aufzurüsten.

Die Erhöhung des Verteidigungsbudgets stellt keine Stellungnahme à la „Wettrüsten“ weder gegenüber den Staaten der EU noch gegenüber Russland dar. Die Bewertung einer Stärkung des Wehretats als offensiv oder defensiv motiviert unterliegt einer Vielzahl von Faktoren, von denen die augenscheinlichsten die Art des neu beschafften Materials sowie die Positionierung desselben sind. Bereits heute könnte eine rasche Erhöhung des Wehretats allein durch die ohnehin gebotene Instandsetzung defekter Geräte erreicht werden. Dieses Handeln verdient absoluten Vorrang, wird doch andernfalls nicht einmal die Sollstärke der deutschen Verteidigung erreicht. Eine entsprechende Aufforderung auch an andere europäische Staaten, ihren Verpflichtungen nachzukommen, hätte Aussagekraft innerhalb Europas sowie auch gegenüber Russland und den Vereinigten Staaten. Letztere würden einen Schritt zum Beenden des verteidigungspolitischen Trittbrettfahrens Europas begrüßen.

Eine starke Verteidigung kommt heute einem Bekenntnis zu Europa und zum euroatlantischen Verteidigungsbündnis gleich. Zum selben Zeitpunkt stellt der finanzielle Aufwand keine sinnfreie Ausgabe dar, sondern erhöht die Sicherheit unseres Landes und der Wertegemeinschaft, auf der dieses Land fußt. Aus diesen Gründen muss Deutschland handeln und ein Versprechen einlösen, das Signalwirkung hat.